

POSITIONSPAPIER

JUGEND

UNSERE HALTUNG

Jugendpolitik ist immer Querschnittsmaterie, die von anderen Politikfeldern nicht getrennt gesehen werden kann. Deshalb muss die Jugend in der Politik stets mitbedacht werden und Fragen der Generationengerechtigkeit sind eine hohe Bedeutung beizumessen. Eine starke politische Beteiligung von jungen Menschen ist essenziell für die Zukunft unserer demokratischen Gesellschaftsordnung und soll daher gestärkt werden. Jugendpolitik muss einen emanzipatorischen Anspruch haben und soll junge Menschen in ihrem Entwicklungsprozess zu selbstbestimmten, kritischen und mündigen Bürger_innen fördern. Der Gesetzgeber darf nicht bevormundend agieren, sondern schafft Anreize zur Eigeninitiative und stellt Freiräume zur Verfügung.

DIE HERAUSFORDERUNG

Unsere Stadt ist vergleichsweise jung: jede dritte Person ist unter 30 Jahre alt und jede/r Zehnte studiert. Diese Bevölkerungsschicht erhält jedoch zu wenig öffentliche Beachtung und wird nur unzureichend politisch repräsentiert. So ist derzeit kein einziges Mitglied des Landtags unter 30. Jugendliche fühlen sich oftmals nicht vertreten und missverstanden, was zu niedriger Wahlbeteiligung und mangelnder politischer Beteiligung führt. Die machthabende Generation ignoriert häufig die Anliegen junger Menschen und missachtet Fragen der Generationengerechtigkeit. Die Schulden der Stadt Wien steigen exorbitant und die Pensionsprivilegien der Stadtbediensteten gehen zu Lasten der jungen Generation.

Zu wenig Chancen am Arbeitsmarkt

Junge Menschen sind am Arbeitsmarkt erheblich benachteiligt. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Wien bei über 10% und ist weiterhin steigend. Gleichzeitig sinkt das Angebot an betrieblichen Lehrstellen seit Jahren.

Die städtische Ausbildungsgarantie hilft trotz enorm hoher Kosten den Betroffenen wenig. So gelangt nur jeder dritte Lehrling zu einem Lehrabschluss. Klein- und mittelständische Unternehmen haben zu wenig Anreize Lehrlinge anzustellen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Junge Menschen, die sich für das Unternehmertum entscheiden, scheitern oft an den enormen bürokratischen Hürden.

Mangelnde Freiräume und Mitbestimmungsmöglichkeiten

Wien gibt jungen Menschen nicht ausreichende Möglichkeiten zur Mitbestimmung. In vielen Bezirken besteht zu wenig Freiraum für Jugendliche. In der Stadtplanung werden junge Menschen kaum eingebunden, ihre Interessen unzureichend berücksichtigt. Während parteipolitische Jugendorganisationen intransparente und üppige Förderungen erhalten, mangelt es an Unterstützung für Eigeninitiativen.

Teures Wohnen für Junge problematisch

Der angespannte Wohnungsmarkt ist für Jugendliche sehr belastend. Beim Zugang zu Gemeindebauwohnungen und Wohnbeihilfe werden diese aufgrund der Anforderungen benachteiligt. Der starke Unterschied zwischen Alt- und Neumietverträgen trifft insbesondere junge Menschen. Mietvertragsgebühren fallen bei geringem Einkommen besonders schwer ins Gewicht.

UNSERE VISION

Wien ist eine Stadt, in der sich junge Menschen ernstgenommen und verstanden fühlen. Jugendliche werden politisch vertreten und haben selbst vielfältige Möglichkeiten zur aktiven Mitgestaltung. Politische Bildung als zentrales Bildungsziel an Wiener Schulen befähigt junge Menschen, das politische System besser zu verstehen.

Eine gesetzliche Schuldenbremse dient dazu, dass keine neuen Schulden zu Lasten der jungen Generation gemacht werden.

Flourierender Arbeitsmarkt für Junge

Junge Menschen leiden nicht mehr unter Arbeitslosigkeit, sondern können sich beruflich verwirklichen. Das Image von Lehrberufen hat sich deutlich verbessert und wird als attraktive Möglichkeit wahrgenommen. Eine verschlankte Bürokratie und steuerliche Anreize schaffen neue Lehrstellen. Angehende Lehrlinge werden durch die Pflichtschule auf die Arbeitsrealität vorbereitet. Die staatliche Lehrlingsausbildung ist nur noch in Ausnahmefällen notwendig. Wien ist durch geringe Bürokratie, sinnvolle Förderungen und ein innovationsfreudliches Klima europaweites Zentrum für Jungunternehmer_innen und Start-ups.

Wien als Stadt der Mitbestimmung, der Freiräume und Vielfalt

Wien stärkt Eigeninitiative und Selbstbestimmung junger Menschen mit unbürokratischen Projektförderungen. Zeitgemäße Kultur- und Jugendzentren schaffen ein vielfältiges Freizeitangebot. Kostenloses W-Lan und ausreichend Bewegungsmöglichkeiten machen den öffentlichen Raum attraktiv für junge Menschen. Migrationshintergrund und Mehrsprachigkeit werden als Chance erkannt und nicht als Belastung gesehen. Zweisprachigkeit wird verstärkt durch Muttersprachenunterricht an Schulen gefördert.

Mehr Wohnraum für Junge

In Wien gibt es ausreichend leistbaren Wohnraum für junge Menschen. Der Bedarf an Plätzen in Studierendenheimen kann gedeckt werden. Jugendliche werden beim Zugang zu Gemeindebauwohnungen und Wohnbeihilfe nicht mehr benachteiligt.

LEITLINIEN UND MASSNAHMEN

Politische Partizipation erhöhen

- In allen Bezirken sollen einheitliche Bezirksjugendparlamente nach Schweizer Vorbild geschaffen werden, an denen Jugendliche bis 25 teilnehmen; diese werden mit Budget sowie Rede- und Antragsrecht in den Bezirksparlamenten ausgestattet
- Auf Landesebene soll ein Landesjugendparlament geschaffen werden, welches aus jeweils einem gewählten Mitglied der 23 Bezirksjugendparlamente besteht und die Vertretung der Interessen Jugendlicher gegenüber dem Landtag wahrnimmt (Mitsprache und Stimmrecht für jugendspezifische Landesangelegenheiten)
- Um die Beteiligung von jungen Menschen zu erhöhen, soll verstärkt auf Online-Partizipation gesetzt werden; die Beteiligung an Prozessen durch die Nutzung von Online-Informationsangeboten soll ermöglicht werden
- Politische Bildung **soll im Rahmen der Autonomen Schule ein wichtiges Bildungsziel werden**; die Stadt Wien soll mit gutem Vorbild vorangehen und politische Bildung schon jetzt als Unterrichtsfach in den Schulen einführen
- Eine Stärkung des Landesjugendbeirates als beratendes Gremium für die Landesregierung ist notwendig; dieser soll gesetzlich verankert und mit ausreichend finanziellen Mitteln und Infrastruktur ausgestattet werden, um unabhängig zu bleiben
- Die Landesschülervertretung soll direkt gewählt und damit ihre Bekanntheit gestärkt werden; im Kollegium des Landesschulrates soll der Landesschülervertretung mehr Gewicht zukommen
- Eine einfach und modern gestaltete Informationsdatenbank aller Wiener Jugendorganisationen soll geschaffen werden, damit sich Jugendliche schnell über Mitwirkungs- und Teilnahmemöglichkeiten informieren können.

- Verankerung eines „Jugendklimarates“ in der Stadtverfassung, als ein überparteilich arbeitendes Mitbestimmungsgremium für den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung in Wien (s. dazu Umwelt, Energie & Klimaschutz)

Generationengerechtigkeit herstellen

- Die ausufernden Schulden der Stadt sollen schrittweise abgebaut werden, um die junge Generation nicht noch weiter zu belasten
- Die besonders günstigen Pensionsregelungen für Wiener Beamte müssen angepasst werden: die langen Übergangsfristen für das Pensionskonto müssen verkürzt werden, eine Erhöhung des durchschnittlichen Pensionsantrittsalters von 57 Jahren ist dringend nötig und die im österreichischen Schnitt hohen Pensionsbezüge der Beamt_innen müssen an den österreichischen Schnitt angepasst werden
- Im Stadtdienst soll die Lohnkurve für Beschäftigte zu Gunsten von jungen Arbeitnehmer_innen abgeflacht werden, damit junge Menschen bei Berufseinstieg mehr verdienen
- Einführung eines Generationenchecks für alle Wiener Gesetze und Verordnungen, um die Auswirkungen auf zukünftige Generationen offenzulegen.

Arbeitsmarkt für junge Menschen fördern

- Alle Praktika der Stadt Wien sollen ausgeschrieben, nach transparenten Kriterien vergeben und gerecht bezahlt werden
- Eine Lehrstellenoffensive ist notwendig, um dem derzeitigen Angebotsrückgang entgegenzuwirken; die Ausbildung in der Berufsschule soll durch die Einführung eines modularen Systems flexibler und unternehmerfreundlicher gestaltet werden
- Die Anerkennung neuer Lehrberufe muss erleichtert werden
- Senkung der Lohnnebenkosten für Lehrlinge durch den Entfall der Kommunalsteuer, des Dienstgeberbeitrags, sowie der Arbeitslosen- und Krankenversicherung im dritten Jahr
- Die Gebühren für die Meisterprüfung sollen auch nachgelagert bezahlbar sein
- Die Stadt Wien soll Lehre mit Matura stärker forcieren; Oberstufenmodelle mit Berufsabschluss und Matura müssen ausgebaut werden
- Die Stadt Wien soll eine professionelle Imagekampagne für Lehrberufe starten, um deren Ruf zu verbessern; Lehrlinge sollen verstärkt für die Möglichkeit eines Auslandsaufenthalts im Zuge von Erasmus+ gewonnen werden

- An allen Wiener Schulen sollte wirtschaftliches Grundverständnis gelehrt werden, um Jugendlichen Selbstständigkeit und Unternehmertum als Alternative aufzuzeigen
- Bildungsberatung und Berufsinformation soll an allen Pflichtschulen intensiviert werden - insbesondere mehrsprachige Bildungsberater_innen müssen stärker an Schulen präsent sein
- An allen Wiener Berufsschulen soll ein Frühwarnsystem eingeführt werden, um leistungsschwache Schüler_innen zu erkennen, rechtzeitig zu fördern und somit die hohe drop-out Rate zu senken
- Effektive Netzwerke und Begegnungsräume für Jungunternehmer_innen (Hubs) sollen weiter ausgebaut und gefördert werden; Fördermittel sollen insbesondere an kreative und innovative Start-ups umgeschichtet werden und unbürokratischer zu beantragen sein

Zusammenleben verbessern

- Ein flächendeckender und regelmäßiger Einsatz von Schulsozialarbeitenden und Schulpsycholog_innen ist notwendig, um individuelle Betreuung zu gewährleisten
- Das Potenzial von Mehrsprachigkeit muss verstärkt erkannt und durch muttersprachlichen Unterricht direkt an den Wiener Schulen gefördert werden
- Der Ausbau von Jugendzentren zu jungen Kulturzentren bietet mehr Freiräume für Junge und Kreative und belebt damit das Grätzl als Ort der Begegnung; insbesondere in neuen Stadtteilen wie Aspern und Hauptbahnhof sollten diese soziokulturellen Zentren errichtet werden (vgl. Zentrum Bayreuth)
- Mentoren-Programme im Bereich der Jugendkultur sollen frühzeitig mittels Role Models aus unterschiedlichen Jugendszenen Kompetenzen wie Teamgeist, vernetztes Denken und Eigeninitiative für das spätere Leben vermitteln
- Verstärkung von gewaltpräventiven Maßnahmen durch Workshops an Pflichtschulen, spezifisch geschulte Streetworker und soziokulturelle Zentren
- Nach deutschem Vorbild soll ein ganzheitliches Integrationscoaching gefördert werden, das den Fokus auf Jugendliche mit Migrationshintergrund legt und vor allem beim Übergang von Schule zu Beruf behilflich sein soll
- Schaffung eines modularen Bildungsmoduls für junge Flüchtlinge, die erst mit 15 Jahren oder älter nach Österreich kommen, um diesen einen adäquaten und qualitativ hochwertigen Pflichtschulabschluss zu ermöglichen

Freiraum und Freizeitangebot schaffen

- Die überhöhten Förderungen parteipolitischer Jugendorganisationen sollen gesenkt und gesetzlich geregelt werden; im Gegenzug sollen unbürokratische Projektförderungen für Eigeninitiativen von Jugendlichen ausgebaut werden
- Die Förderung der Wiener Kinder- und Jugendorganisationen soll klar und transparent gesetzlich geregelt werden
- Zukünftige Stadtplanung soll den Interessen von Jugendlichen gerecht werden:
 - durch Ideenwettbewerbe zu urbanen Freiräumen sollten diese Personengruppen auch in den Planungsprozess eingebunden werden
- Verstärktes Freizeit- und Sportangebot spezifisch für Mädchen, die im öffentlichen Raum unterrepräsentiert sind; auch die mobile Jugendarbeit und Jugendzentren sollen vermehrt Angebot schaffen, das junge Frauen anspricht
- Wien benötigt mehr Bewegungsfreiraum für junge Menschen; zusätzlich zum Bau von städtischen Anlagen - wie Sportkäfigen oder Sportgeräten in Parks - sollten Sporthallen in städtischen Schulen außerhalb der Unterrichtszeit vermehrt für die Allgemeinheit geöffnet werden
- Spielverbote in Parks, freien Plätzen und Wohnanlagen der Stadt sollen kritisch auf deren Notwendigkeit überprüft werden; junge Menschen sollen sich grundsätzlich frei bewegen können, solange die Lärmbelästigung nicht allzu groß wird
- Wir fordern den Ausbau von W-Lan an öffentlichen Plätzen, Parks und in allen öffentlichen Verkehrsmitteln; dadurch würden öffentliche Orte für junge Menschen an Attraktivität gewinnen
- Neben traditionellen Sportarten müssen auch neue und urbane Formen der sportlichen Betätigung ernst genommen und gegebenenfalls gefördert werden
- Für städtische Sport-, Kultur-, und Freizeitmöglichkeiten sollten Studierendentickets stärker forciert werden; insbesondere bei Einrichtungen mit Pensionist_innenpreisen müssen auch Studierendenpreise eingeführt werden, um die junge Generation nicht zu benachteiligen
- Die Vereinheitlichung der Jugendgesetze ist längstens ausständig und sollte stärker forciert werden
- Nach Vorbild des Top-Jugendticket der Verkehrsverbund Ost-Region soll auch ein eigenes Top-Studierendenticket bis zum 26. Lebensjahr eingeführt werden

Wohnsituation für junge Menschen verbessern

- Gemeindebauwohnungen sollen verstärkt als Studierendenwohnungen und auch für Wohngemeinschaften zur Verfügung gestellt werden, damit sich der Wohnungsmarkt für Studierende entspannt
- Beim Neubau soll auf die spezifischen Bedürfnisse von jungen Menschen Rücksicht genommen werden
- Die Mietvertragsgebühr soll abgeschafft werden, da diese junge Menschen mit geringem Einkommen finanziell besonders belastet
- Maklerprovisionen sind nach dem Verursacherprinzip von der auftraggebenden Person zu tragen
- Die Wohnbeihilfe ist so zu gestalten, dass sie Studierende nicht benachteiligt; das Mindesteinkommen kann beispielsweise häufig nicht nachgewiesen werden und sollte daher als Anforderung gestrichen werden
- Die Zulassungsbestimmung von Wiener Wohnen soll an die Lebensrealitäten von jungen Menschen angepasst werden (beispielsweise bildet die Erfordernis des Nachweises eines mindestens zwei Jahre durchgehenden Hauptwohnsitz an einer Adresse nicht die Lebensrealität junger Menschen ab)